

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002927/2025
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Engin Eroglu (Renew), Petras Auštrevičius (Renew)

Betrifft: Sanktionen gegen Rosatom und dessen Tochterunternehmen Atomflot

Das staatseigene Unternehmen Rosatom ist ein zentraler Bestandteil des militärisch-industriellen Komplexes Russlands und verantwortlich für die Herstellung von Kernwaffen und Kernbrennstoffen. Sein Tochterunternehmen Atomflot baut eine atomgetriebene Flotte für das russische Regime.

Putin hat der EU wiederholt mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. So auch jüngst am 8. Juni 2025, als er betonte, Europa sei ohne Frühwarnsysteme verwundbar. Durch diese Drohungen gerät die Sicherheit Europas in Gefahr. Ungeachtet dessen bleibt Rosatom von den vom Westen verhängten Sanktionen unberührt und pflegt weiterhin strategische Partnerschaften mit EU-Staaten. Ein Beispiel dafür ist das weiterhin gültige Kooperationsabkommen zwischen Rosatom und dem französischen Atomunternehmen Framatome. Außerdem errichtet Rosatom zwei Reaktorblöcke in Ungarn.

Zwar sind die Kernkraftwerke des Westens auf Brennstoff aus Russland angewiesen, doch könnten Projekte mit Rosatom eingestellt werden, um das russische Regime nicht weiter zu unterstützen und die atomare Bedrohung für die EU zu verringern.

1. Beabsichtigt die Kommission angesichts der Schlüsselrolle von Rosatom im militärisch-industriellen Komplex Russlands, Sanktionen gegen Rosatom und seine Tochterunternehmen vorzuschlagen und zu veranlassen, dass die Projekte des Unternehmens eingestellt werden?
2. Unterstützt die Kommission die Einführung strenger Ausfuhrkontrollen, um zu verhindern, dass westliche Ausrüstung und Technologie an Atomflot und Rosatom geliefert werden?

Eingang: 16.7.2025